

Lettlands Parlament wählt neues Staatsoberhaupt

REGIERUNGSKOALITION KANN SICH NICHT AUF GEMEINSAMEN KANDIDATEN EINIGEN / SCHEIDENDER STAATSPRÄSIDENT ZATLERS INITIIERT REFERENDUM ZUR AUFLÖSUNG DES PARLAMENTS

Am 2. Juni hat das lettische Parlament einen neuen Staatspräsidenten gewählt. Mit 53 zu 44 Stimmen setzte sich der Parlamentsabgeordnete Andris Bērziņš bereits im zweiten Wahlgang gegen Amtsinhaber Valdis Zatlers durch. Für einen Paukenschlag hatte der scheidende Präsident Zatlers noch am vorausgegangenen Samstag (28. Mai) gesorgt, als er ein Referendum zur Auflösung des Parlaments initiierte.

Konkreter Auslöser für diesen historischen Schritt kurz vor der regulär nach vier Jahren angesetzten Präsidentenwahl war die Entscheidung des lettischen Parlaments vom 26. Mai, die Immunität des unter dem Verdacht der Korruption und unbotmäßigen Einflussnahme stehenden Parlamentsabgeordneten Ainars Šlesers nicht aufzuheben. Präsident Zatlers sah darin eine schwerwiegende Kollision der Legislativen und Judikativen. In einer Fernsehansprache an die Nation am 28. Mai zeigte sich der Präsident besorgt über den zunehmenden Einfluss einzelner auf Entscheidungen von Parlament und Regierung zur Durchsetzung ihrer jeweiligen Partikularinteressen.

Zatlers zielt mit der Entscheidung direkt auf das in Lettland seit zwei Jahrzehnten verankerte Oligarchensystem ab, das sich zunehmend als Hemmnis für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes erweist. Nach einem Gespräch mit Oberstaatsanwalt Ēriks Kalnmeiers, in dem dieser handfeste Beweise gegen die als Oligarchen Lettlands bekannt-

ten „Businessmen“ und mit diesen zusammenhängenden Strukturen vorlegte, gewann das Staatsoberhaupt augenscheinlich den Eindruck, dass gegenwärtig keine Partei in der Lage ist, eine durchsetzungsstarke, unabhängige Regierungskoalition zu führen. Somit entschied er sich für den radikalen Schritt, über die Durchführung einer Volksabstimmung die Auflösung des Parlaments zu initiieren und damit rund neun Monaten nach der letzten Parlamentswahl im Oktober 2010 Neuwahlen herbeizuführen.

In seiner live vom Fernsehen übertragenen Ansprache¹ gab Präsident Zatlers unter Berufung auf Artikel 48 der lettischen Verfassung die Initiative zur Auflösung des Parlaments bekannt. Diese zieht innerhalb von zwei Monaten ein Referendum nach sich, in dem die Bürger Lettlands aufgerufen sind, ihr Votum bezüglich der Parlamentsauflösung abzugeben.

Präsidentenwahl unter ungünstigen Vorzeichen

Unter diesen wenig günstigen Vorzeichen fand am 2. Juni die Wahl des Staatsoberhauptes Lettlands durch die Saeima, eben jenem Parlament statt, dem der scheidende Staatspräsident Korruptierbarkeit und Respektlosigkeit vor der Unabhängigkeit der lettischen Justiz vorwarf. Nachdem die Wahl des Kandidaten der Union aus Grünen und Bauern (*Zaļo un Zemnieku Savienība* /

¹ www.president.lv/pk/content/?art_id=17537

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LETTLAND

ANDREAS M. KLEIN

6. Juni 2011

www.kas.de/lettland

ZZS), Andris Bērziņš, noch im ersten Wahlgang den Sieg um eine Stimme verpasst hatte, setzte er sich im zweiten Anlauf überraschend deutlich gegen Amtsinhaber Valdis Zatlers durch.

Bereits vor der Wahl war spekuliert worden, ob in einem der drei möglichen Wahlgängen überhaupt ein Kandidat in der Lage wäre, die erforderliche Anzahl von 51 Stimmen auf sich zu vereinen, da bis zuletzt unklar schien, wem das überwiegend von der russischstämmigen Minderheit gewählte Harmoniezentrum (*Saskanas Centrs / SC*) seine Stimme geben würde. Wenn davon ausgegangen werden kann, dass sowohl *Vienotība* (33 Abgeordnete) als auch ZZS (22 Abgeordnete) jeweils ihren Kandidaten unterstützen, müssen eine Reihe von SC-Vertretern ebenfalls für Bērziņš votiert haben, da allein die Stimmen der beiden anderen lettischen Blöcke „Nationale Allianz“ (*Nacionālā Apvienība / NA*) und „Für ein gutes Lettland“ (*Par Labu Latviju / PLL*) zusammen lediglich über 16 Stimmen im Parlament verfügen.

Wahl Bērziņš = Sieg der Oligarchen?

Kritik an der Wahl des Präsidenten kam vor allem aus der *Vienotība*-Fraktion, die gemeinsam mit ZZS die Regierung bildet. Die ehemalige Diena-Herausgeberin und gegenwärtige Kulturministerin Sarmīte Elerte – zwischenzeitlich selbst als Kandidatin für das höchste Staatsamt gehandelt – sieht in der Wahl Bērziņš einen „Sieg der Oligarchen“ und setzt nun alle Hoffnung, dem Oligarchensystem endgültig ein Ende zu bereiten, auf eine Neuaufgabe der Parlamentswahl im Herbst. In die gleiche Richtung geht die Empfehlung von Ministerpräsident Dombrovskis an das designierte Staatsoberhaupt, daran mitzuwirken, den Einfluss der Oligarchen in Lettland zurückzudrängen. Als Rückschritt gar in der Entwicklung Lettlands und im Kampf gegen die Oligarchen bezeichnete die ehemalige Staatspräsidentin Vaira Vīķe-Freiberga die Wahl Bērziņš.

In einem ersten Statement nach seiner Wahl wandte sich das designierte Staatsoberhaupt daher entsprechend an seine Kritiker, niemand solle erwarten, er liege an

irgendeines Oligarchen Leine.² Vielmehr fühle er die Unterstützung der Menschen in Lettland.

Proteste von rund 1000 Bürgern vor dem Parlamentsgebäude gegen die darin zu dem Zeitpunkt über den zukünftigen Präsidenten abstimmenden Abgeordneten ließen diesen Eindruck indes noch nicht zu. Vielmehr herrscht in der Bevölkerung Ärger und Enttäuschung über die zehnte Saeima vor, der es entgegen der in sie gesetzten Erwartungen nicht gelungen ist, gegen Partikularinteressen, Korruption und Vetternwirtschaft bis in die höchsten Regierungs- und Verwaltungsebenen vorzugehen. Das historisch schlechte Ansehen der neunten Saeima in den Augen der Öffentlichkeit konnte von den aktuellen Volksvertretern nicht verbessert werden.

Kein gutes Licht fällt dabei auch auf die Regierungspartner Einheit (*Vienotība*) und ZZS, denen es in den zurückliegenden acht Monaten nicht gelungen ist, eine effiziente Regierung zu formen, die die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen wirkungsvoll angeht. – Darüber können auch erste Anzeichen für die Erholung der Konjunktur nach den drei Krisenjahren 2008 bis 2010 nicht hinwegtäuschen. – Die Uneinigkeit der Regierungskoalition mündete letzten Endes in der Nominierung zweier Kandidaten, die gegen einander um das Amt des Staatspräsidenten antraten.

Während der Weg Bērziņš von der Abgeordnetenbank in den Präsidentenpalast vorgezeichnet scheint, hat sich der habilitierte Chirurg Zatlers noch nicht zu seiner weiteren Zukunft geäußert. Seit seiner Rede vom vergangenen Freitag erlebt letzterer gegenwärtig einen Popularitätsschub als Vorstreiter gegen die Oligarchen. Dadurch scheint dem 55jährigen, neben der Rückkehr in den Arztberuf auch eine politische Karriere bei der von ihm selbst initiierten möglichen Parlamentswahl im Herbst offen zu stehen.

² Vgl. „*Bērziņš oligarhu ietekmi nejutot*“ (Bērziņš spürt keinen Einfluss der Oligarchen) <http://www.apollo.lv/portal/news/articles/239931?ref=theme>

LETTLAND

ANDREAS M. KLEIN

6. Juni 2011www.kas.de/lettland**Fazit**

Lettland bleibt ein Land voller Überraschungen. Nach dem rasanten Aufstieg Anfang der 2000er Jahre als Baltischer Tiger folgte Ende 2007 der Sturz ins Bodenlose und der Hilferuf an EU und IWF, dem bankrotten Staat mit einem Milliardenkredit wieder auf die Beine zu helfen. Nach einer wahren Rosskur mit einschneidenden Sparmaßnahmen im öffentlichen Haushalt verbunden mit Gehalts-, Renten- und Sozialkürzungen wird im Oktober 2010 just jene Regierung mit einer soliden Mehrheit wiedergewählt, die diese Kürzungen zu verantworten hat. Darüber hinaus wird der politische Arm der Oligarchen *Par Labu Latviju* mit nur noch acht Abgeordnetenmandaten auf die hinteren Parlamentsbänke verbannt, um nur acht Monate später mit der Wahl eines dem Oligarchensystems nahestehenden Bankers zum Staatsoberhaupt ein vermeintliches Comeback zu feiern.

Bevor jedoch vorschnell ein Urteil über den neuen Staatspräsidenten Lettlands gefällt wird, sei an die Wahl des nun als Speerspitze im Kampf gegen die Oligarchen zelebrierten Valdis Zatlers erinnert. Dieser wurde im Jahr 2007 als politischer Nobody von der regierenden Volkspartei (*Tautas Partija / TP*) vorgeschlagen. Kritik kam damals aus den Reihen der Opposition – Neue Zeit (*Jaunais Laiks / JL*), heute *Vienotība* -, die ihm eine zu große Nähe zum Oligarchen und zweifachen Ministerpräsidenten Lettlands Andris Šķēle vorwarfen. Niemand traute Zatlers damals zu, nur ansatzweise ein eigenständiges Profil gegen seinen mächtigen Mentor zu entwickeln.

Für die regierende Volkspartei ging die Rechnung, mit der Nominierung Zatlers noch einmal das Ruder rumzureißen, jedoch nicht auf. Heute ist die Partei nur dank der Zusammenarbeit mit Šlesers Erster Partei/Lettlands Weg (*Latvijas Pirmā Partija/Latvijas Ceļš / LPP/LC*) überhaupt noch im Parlament vertreten. Insofern ließe sich auch hier eine Parallele zwischen Zatlers und Bērziņš Nominierung konstruieren. Sollte sich Bērziņš tatsächlich von seiner Partei und damit seinem Mentor frei schwimmen und ZZS ein ähnliches Schicksal ereilen wie

seinerzeit Šķēles TP, wäre damit möglicherweise ebenso das politische Aus des dritten Oligarchen, des mächtigen und allgegenwärtigen Bürgermeisters von Ventspils, Aivars Lembergs, besiegelt. Bislang zieht dieser als Finanzier von ZZS die Strippen im Hintergrund und sitzt ohne politisches Mandat mit am Verhandlungstisch der Regierungspartner. Eine solche Entwicklung käme sicherlich unvorhergesehen, aber wie gesagt, Lettland bleibt ein Land voller Überraschungen.

Über den designierten Staatspräsidenten Andris Bērziņš, der am 8. Juli 2011 sein Amt antreten wird, ist gegenwärtig nicht viel bekannt. Ein dünner Hinweis auf der offiziellen Abgeordneten-Webseite der Saeima gibt gerade einmal Aufschluss über seine Mitgliedschaft in den verschiedenen Parlamentsausschüssen. Darüber hinaus ist bekannt, dass er nach 1993 in leitender Funktion zunächst bei der staatseigenen Unibanka und bis 2004 auch nach deren Übernahme durch die schwedische SEB in der zusammengelegten SEB Unibanka tätig war. Anschließend war Bērziņš Mitglied des Vorstandes der lettischen Außenhandelskammer LIIA sowie beim staatlichen Energieunternehmen Latvenergo, bevor er im Oktober 2010 für die Union aus Grünen und Bauern (ZZS) ins Parlament gewählt wurde.